

Erklärung des Bürgermeisters zum Lärmaktionsplan der Verbandsgemeinde Montabaur

Liebe Einwohnerinnen und Einwohner der Verbandsgemeinde Montabaur,
sehr geehrte Damen und Herren,

nachfolgend erfolgt eine öffentliche Bekanntmachung zum Lärmaktionsplan für die Verbandsgemeinde Montabaur. Grundlage ist § 47 d des Bundes-Immissionsschutzgesetzes.

Aus der öffentlichen Bekanntmachung ist ersichtlich, dass einige Bereiche unseres Verbandsgemeindegebietes starken Lärmbelastungen ausgesetzt sind. Der Lärm geht von den Hauptverkehrsstraßen (Bundesautobahn, Bundesstraßen, Landesstraßen) sowie von der ICE-Neubaustrecke Köln – Frankfurt aus.

Während in anderen Bundesländern die für die Verkehrswege verantwortlichen Baulastträger für die Lärmaktionsplanung zuständig sind, hat das Land Rheinland-Pfalz diese Aufgabe den Verbandsgemeinden und verbandsfreien Städten übertragen. Entsprechend den gesetzlichen Vorschriften müssen wir eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchführen und über die geplanten Maßnahmen informieren.

Die Sache hat einen „Schönheitsfehler“: Wir sind für das Verfahren zuständig, haben aber keinerlei Kompetenzen, Maßnahmen, die zur Verminderung des Lärms führen zu fordern oder gar selbst umzusetzen. Dafür sind für die Bundes- und Landesstraßen der Landesbetrieb Mobilität des Landes Rheinland-Pfalz und für die Eisenbahnstrecke das Eisenbahnbundesamt zuständig. Gerne unterstützen wir die Forderungen der betroffenen Einwohnerinnen und Einwohner nach Lärm mindernden Maßnahmen. Aus dem bisherigen Verfahren wissen wir, dass die verantwortlichen Stellen für die den Lärm verursachenden Verkehrswege darauf hinweisen, dass die Grenzwerte für Lärmsanierungs- oder –vermeidungsmaßnahmen nicht erreicht sind und sie nach den einschlägigen Vorschriften keine Maßnahmen ergreifen dürfen oder dafür keine Mittel bereitstehen.

Ich kann die Frustration der Menschen verstehen, die im Rahmen der Lärmaktionsplanung aufgefordert werden, sich zur Lärmsituation zu äußern, verständliche und nachvollziehbare Forderungen stellen, dann aber mitgeteilt bekommen, dass keine Maßnahmen erfolgen.

Im Rahmen meiner Möglichkeiten werde ich mich für Verbesserungen der Wohnverhältnisse einsetzen, bitte aber um Verständnis, dass wir leider keine direkten Einflussmöglichkeiten haben.

Montabaur, 12.01.2017

Mit freundlichen Grüßen
Edmund Schaaf, Bürgermeister